

Wahlprüfsteine 2022 - Die Ernährungsräte NRW

	Linke	Grüne	SPD	FDP
1. Wird Ihre Partei eine ‚Zukunftsstrategie Ernährung NRW‘ mit der verbindlichen Einbindung aller Interessengruppen des Ernährungssystems (insbesondere Zivilgesellschaft und Organisationen) erarbeiten? Und wie wird Ihre Partei die Umsetzung ressortübergreifend gewährleisten?	Sollte unsere Partei in NRW Verantwortung übernehmen, werden wir uns für eine ‚Zukunftsstrategie Ernährung‘ einsetzen . Die Einbeziehung von Zivilgesellschaft und Organisationen ist uns ein besonderes Anliegen. Sozial-, Wirtschafts- und Umweltministerium müssen in die Umsetzung eingebunden werden.	Die Art und Weise, wie wir uns ernähren, hat immense Auswirkungen auf unsere Gesundheit, aber auch auf unsere Landwirtschaft, unsere Landschaften sowie die Natur und das Klima. Eine gute und nachhaltige Ernährung für alle ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Vor diesem Hintergrund reicht es nicht aus, allein auf Aufklärung und individuelle Verhaltensänderung zu setzen, eine Änderung der Rahmenbedingungen ist notwendig. Wir werden Akteur-Übergreifend eine ganzheitliche Ernährungsstrategie für Nordrhein-Westfalen entwickeln , die einerseits die Ernährung im öffentlichen Kantinenbereich verbessert und andererseits die regionale Wertschöpfung unterstützt. Diese muss mit einem Förderprogramm „NRW isst besser!“ verknüpft werden, um den Finanzierungsbedarf entsprechender Maßnahmen abzudecken und diese zügig und zielführend	Die SPD misst der Ernährung einen hohen Stellenwert bei. Gesunde Ernährung hat sich zu einer sozialen Frage entwickelt. Jedem Menschen muss es möglich sein, sich gesund zu ernähren. Indem wir dafür sorgen, bekämpfen wir nicht nur unmittelbare Gesundheitsfolgen, sondern auch die wachsende soziale Ungleichheit. Darüber hinaus ist unser Ernährungsverhalten entscheidend dafür, unter welchen Bedingungen Landwirtschaft in diesem Land stattfindet und hat konkrete Umweltfolgen. Ernährung muss daher stärker in den politischen Fokus gelangen . Dies betrifft nicht nur die Landesebene. Angesichts des Ziels einer regionalen ausgerichteten Landwirtschaft in Verbindung mit den städtischen Räumen sowie des Ziels kürzerer Wertschöpfungsketten werden wir Ernährungspolitik kommunal stärker verankern. Das entspricht dem Bedürfnis vieler Menschen nach mehr	In der von uns initiierten Enquetekommission "Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe" haben wir bereits fraktionsübergreifend an Lösungswegen gearbeitet, wie die zukünftige Land- und Ernährungswirtschaft so gestaltet werden kann, dass Gesellschaft und Landwirtschaft gleichermaßen davon profitieren. Dabei ist vor allem die Beratung, Förderung und Vernetzung der regionalen Erzeugerinnen und Erzeuger von großer Bedeutung. Auch die Einbeziehung des Handels und der gesamten Lebensmittelkette mit dem Ziel, einen breiten Konsens zu erzielen, spielt eine wichtige Rolle. In unserer Regierungsverantwortung haben wir eine Initiative auf den Weg gebracht, mit der die Wertschöpfung der heimischen Land- und Ernährungswirtschaft in NRW gestärkt und Synergieeffekte genutzt werden sollen. Wir wollen das Label „Geprüfte Qualität NRW“ weiter

2. Wir fordern die Einrichtung regionaler Wertschöpfungszentren. In diese sollen Kompetenzstellen für nachhaltige Verpflegungsangebote integriert sein, die Unterstützung gegen Lebensmittelverschwendung und für ökologische, saisonale, regionale Lebensmittel geben. Wie stehen Sie zu dieser Forderung?

Die Wirtschaft in NRW muss sozialökologisch umgewandelt werden, insbesondere die Industrie. Hierzu gehören neben den Großunternehmen auch die Zulieferer. Zugleich müssen für ökologisches und soziales Wirtschaften neue Geschäftsfelder und Geschäftsmodelle erschlossen werden. Dafür muss das Land nicht nur die Kreativität und das Engagement der Menschen in den Betrieben, Verwaltungen und in der Wissenschaft

umzusetzen. Die Ernährungswende wird vor Ort gemacht. Daher möchten wir das Mailänder Abkommen umsetzen, welches die Bedeutung zivilgesellschaftlichen Engagements im Bereich Landwirtschaft und Ernährung anerkennt. So bestehen NRWweit bereits hunderte Initiativen, die es bei der Ausgestaltung einer nachhaltigen Ernährungspolitik einzubinden gilt. Damit wollen wir die Wertschätzung gegenüber Vereinen und Organisationen wie Ernährungsräten über Solidarische Landwirtschaften bis hin zu Urban-Gardening-Projekten erhöhen.

Vom Acker bis zum Teller – in allen Bereichen der Wertschöpfung hat in den letzten Jahrzehnten ein Strukturwandel stattgefunden. Dem immensen Wettbewerbsdruck konnten insbesondere kleine und mittlere Betriebe oftmals nicht standhalten. Dabei sind dezentrale Strukturen relevant, um die Versorgung sicherzustellen, aber auch um Arbeitsplätze in ländlichen Regionen zu schaffen und zu erhalten. Daher **wollen wir die regionale Wertschöpfung mit**

Ernährungssouveränität. Dazu unterstützen wir Initiativen aus der Bürgerschaft wie Ernährungsräte, Slow Food Bewegungen, Solawis, Marktschwärmer, Regionalwert AGs, Food Sharing und weitere Initiativen.

Die SPD hat sich die Forderung nach regionalen Wertschöpfungszentren zu eigen gemacht – nachlesbar im Regierungsprogramm zur Landtagswahl oder in einem Positionspapier der SPD-Fraktion zur Landwirtschaft aus dem Jahr 2021. Ein entsprechender Antrag der Fraktion im März 2022 (17/16767) wurde im Plenum mehrheitlich abgelehnt. In der Enquetekommission des Landtags zur Zukunft der Landwirtschaft war diese Forderung ebenfalls nicht mehrheitsfähig,

ausbauen und damit mehr Wertschöpfung in unserem Land generieren, die auch beim Erzeuger ankommt. Außerdem gibt es zahlreiche kleinere Initiativen, die die Regionalvermarktung in unserem Land unterstützen. Diese wollen wir ebenfalls ausbauen und sichern.

Gemeinsam mit den Beteiligten der gesamten Lieferkette möchten wir daran arbeiten, regionale Lebensmittel und damit unsere Landwirtschaft zu sichern und zukunftsfähig aufzustellen. Es gibt zahlreiche kleinere Initiativen, die die Regionalvermarktung in unserem Land unterstützen. Diese Strukturen wollen wir sichern und bedarfsgerecht ausbauen. **Den Aufbau von mehreren Wertschöpfungszentren in NRW sehen wir kritisch. Wertschöpfungsketten sind nicht so**

abrufen und aktivieren, sondern auch hinreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, damit die Wirtschaft in NRW hinreichend große Sprünge in Richtung von Wertschöpfungsketten machen kann, die ohne fossile Energieträger auskommen. **Bis 2030 sollte Klimaneutralität erreicht werden. Erforderlich dafür ist auch ein Ausbau der Recyclingwirtschaft mit dem Ziel, die Ressourcenproduktivität zu erhöhen und somit neue Verteilungsspielräume ohne zunehmenden Ressourcenverbrauch zu eröffnen.** Die Einrichtung von Kompetenzzentren für nachhaltige Ernährung würden wir unterstützen. Lebensmittelverschwendung wollen wir unterbinden. Hierzu wollen wir auch das sog. Containern straffrei stellen. Wir wollen die Landwirtschaft auf ökologischen Landbau umstellen.

DIE LINKE NRW streitet für eine Landwirtschaft, die hochwertige Lebensmittel zu Preisen herstellt, die Menschen sich leisten können. Sie streitet für eine Landwirtschaft mit guten

einem umfassenden Programm stärken. Eine Maßnahme kann aus unserer Sicht die Gründung und der Ausbau von regionalen Wertschöpfungszentren sein, um Akteurinnen und Akteure einer Region – vom Landwirtschaftsbetrieb bis zum Catering – zusammenzubringen und zu vernetzen. Auf diese Weise können regionale, kurze Wertschöpfungsketten ausgebildet werden, um Absatzperspektiven zu schaffen und regionale Strategiekonzepte für eine nachhaltige Landwirtschaft zu entwickeln. Dazu beraten und vernetzen Wertschöpfungszentren die Betriebe und unterstützen den Prozess der betrieblichen Förderungen.

Der ökologische Landbau entspricht den Prinzipien einer nachhaltigen und umweltverträglichen Landbewirtschaftung in besonderer Weise. Durch den Verzicht auf mineralische Düngemittel und

sodass wir ein Sondervotum im Anhang der Empfehlungen dazu verfasst haben. Ein nachhaltiges Verpflegungsangebot möchten wir über die Ausschreibungskriterien der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung sicherstellen, für die der DGE-Standard verbindlich werden und Anteile von regionalen, aber auch Biolebensmitteln vorgegeben werden soll.

Die Landeszielsetzung für den Ökolandbau liegt bei einem 20-Prozentanteil im Jahr 2030. Hier besteht allerdings großer Nachholbedarf, da der aktuelle Anteil nur bei knapp sieben Prozent liegt. Die SPD

kleinteilig, dass sie an der Bezirksgrenze aufhören. Dies führt automatisch zu Überlapung von Kompetenzen, was wiederum unnötige Kapazitäten und Finanzmittel bindet. Das würde unweigerlich zu erhöhter Bürokratielast, unnötigen Doppelstrukturen sowie deutlich erhöhten Kosten führen. Für eine effektive Förderung und Beratung für landwirtschaftliche Betriebe zur Regional- und Direktvermarktung bedarf es zentrale Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner. Daher ist es umso wichtiger die bestehenden Strukturen auszubauen, anstatt neue zu erschaffen. Anreize müssen im Markt geschaffen werden. Förderungen sollten nicht in staatliche Stellen fließen, sondern auch bei den Erzeugerinnen und Erzeugern ankommen.

Nordrhein-Westfalen braucht auch in der Zukunft eine starke heimische Landwirtschaft. Zentrale Voraussetzungen dafür sind optimale Rahmenbedingungen für moderne, nachhaltige, wirtschaftlich

3. Wird Ihre Partei den Flächenanteil des Ökolandbaus auf 25% bis 2030 ausbauen und dabei kurzfristig die Flächen der öffentlichen Hand umstellen? Wie werden Sie

die Umstellung und Etablierung des Ökolandbaus sowie alternative Bewirtschaftungsformen und nachhaltige Vermarktungssysteme unterstützen?

Arbeitsbedingungen und Einkommen für alle Menschen, die in ihr beschäftigt sind, und sie streitet für eine Landwirtschaft, die unsere Umwelt schützt und die Artenvielfalt erhält. Hierfür wollen wir ökologische und soziale Standards verbessern. **Langfristig streben wir die Umorientierung der gesamten Landwirtschaft auf ökologische Methoden an.** Massentierhaltung lehnen wir ab. Den Anbau heimischer Eiweißpflanzen wollen wir fördern! Klee, Erbsen und Co. fördern die Bodenfruchtbarkeit und ersetzen den Import von auf gerodeten Regenwaldflächen angebauten Futterpflanzen. Wir unterstützen die solidarische Landwirtschaft als eine Möglichkeit, ökologisch hochwertige Lebensmittel ortsnah für alle zugänglich zu machen und gleichzeitig gute Arbeitsbedingungen und ein faires Einkommen zu gewährleisten. Wir unterstützen auch Urban Gardening.

chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel, leistet er einen wichtigen Beitrag zur Entlastung der Umwelt und zum Erhalt der Artenvielfalt. **Unser Ziel ist es, den Anteil des Ökolandbaus von heute knapp 7 Prozent auf 30 Prozent bis 2030 zu steigern.** Denn die kontinuierlich steigende Nachfrage nach ökologischen Produkten übersteigt derzeit die einheimische Produktion. Wir werden den Absatz von regionalen Bio-Produkten durch ein Kantinenprogramm unterstützen, indem der Anteil biologischer Zutaten im Vergabeverfahren berücksichtigt und schrittweise angehoben wird. Mit einer gezielten Förderung naturverträglicher und ressourcenschonender Landwirtschaft geben wir den landwirtschaftlichen Betrieben mehr Mittel und die Planungs- und Investitionssicherheit, die sie brauchen. Zusätzlich werden wir die Themen des Ökolandbaus verstärkt in der beruflichen Ausbildung und in den Lehrplänen der berufsbildenden Schulen verankern.

unterstützt einen Zuwachs an ökologisch bewirtschafteten Flächen. Dieser sollte jedoch in Abhängigkeit der Marktnachfrage erfolgen. Diese wächst organisch, wobei wir sie über den Hebel der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung mit einem vorgegebenen Anteil an Bio-Lebensmitteln gezielt steigern wollen. Angebotsseitig möchten wir die Ökomodellregionen im Land deutlich ausweiten. Alternative Anbauformen wie Solidarische Landwirtschaften, Urban Gardening und auch Vertical Farming unterstützen wir als ergänzende Form der (stadtnahen bzw. städtischen) Lebensmittelversorgung ebenso wie Formen der regenerativen Landwirtschaft.

erfolgreiche, umweltverträgliche und verantwortungsvolle Betriebe. Innovative Lösungen können dazu beitragen, die unterschiedlichen Anforderungen an Landwirtschaft noch besser in Einklang zu bringen: Eine für die Betreiber auskömmliche Landwirtschaft, der Umwelt- und Tierschutz, eine hohe Qualität für die Verbraucherinnen und Verbraucher und erschwingliche Preise für gesunde Produkte. Hiermit hat sich die von uns initiierte Enquetekommission im Landtag bereits intensiv befasst. In unserer Regierungsverantwortung haben wir eine Initiative auf den Weg gebracht, mit der die Wertschöpfung der heimischen Land- und Ernährungswirtschaft in NRW gestärkt und Synergieeffekte genutzt werden sollen. **Biologischer und konventioneller Landbau sind für uns keine Gegensätze. Wir setzen uns für eine Vielfalt an Erzeugungssystemen ein.**

4. Werden Sie ein Förderprogramm für die Umstellung kommunaler und privater Gemeinschaftsverpflegungen auf saisonale und vom Ziel her ökologisch produzierte Lebensmittel auflegen, die Umstellung / Weiterentwicklung durch die Kompetenzstellen unterstützen und die Landeskantinen bis 2024 gänzlich umstellen?

Diese Forderung ist in unserem Wahlprogramm nicht ausdrücklich enthalten. Wir können uns aber vorstellen ein derartiges Förderprogramm zu unterstützen. Die Landeskantinen sehen wir in einer besonderen Verantwortung.

Mit einem „300 mal 30 Prozent“-Programm fördern wir mindestens 300 Kantinen und Mensen von Betrieben, Krankenhäusern, Behörden, Kitas und Schulen dafür, mindestens 30 Prozent ihrer Produkte aus dem Ökolandbau zu beziehen und so viel wie möglich regional, direkt von den Betrieben oder regionalen Vertriebsnetzen. Zudem fördern wir den Ausbau von (Schul-) Kantinen in NRW, um eine gute Ernährung für alle zu ermöglichen. So schaffen wir regionale Märkte mit fairen Preisen und Planungs- und Investitionssicherheit für landwirtschaftliche Betriebe. Und nicht zuletzt Orte, an denen viele Menschen gesundes und ökologisch produziertes Essen aus ihrer Region genießen können. Die Außer-Haus-Verpflegung gehört für ins ins Zentrum der Ernährungspolitik, daher sollten sowohl private als auch öffentliche Anbieter*innen erreicht werden. Kantinen des Landes nehmen hierbei eine besondere Vorreiterrolle ein und sind daher schnellstmöglich weiterzuentwickeln.

Die SPD sieht in unserem Ernährungsverhalten den größten Hebel für eine insgesamt nachhaltigere Landwirtschaft, in der ökologische und konventionelle Bewirtschaftungsformen ihren Platz finden. Wo der Staat Verantwortung trägt, sollte er vorangehen: wir wollen vor allem für die Kinder und Jugendlichen in Kitas und Schulen ein ausgewogenes und schmackhaftes Essensangebot bereitstellen, das die Internalisierung gesünderen Ernährungsverhaltens fördert, als praktische Erfahrung die zu stärke Ernährungsbildung im Unterricht unterstützt, eine nachhaltigere Produktion befördert und der regionalen Landwirtschaft einen großen, verlässlichen Absatzmarkt bietet. Daher werden wir den DGE-Standard perspektivisch verbindlich für öffentliche Gemeinschaftsverpflegungen machen und auch bei privaten Anbietern dafür werben. In Kitas und Schulen streben wir an, dieses Essensangebot zur finanziellen Entlastung für einkommensschwächere Familien sowie zur Erhöhung der Teilnahme in allen Bevölkerungsschichten kostenfrei zu stellen.

Wir wollen regionale Wertschöpfungsketten stärken. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die vom Land betriebenen Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung bei der Vergabe vor allem auf die Regionalität und Saisonalität von Produkten achten.

5. Täglich verlieren wir allein in NRW mehr als 19 ha Acker- und Grünlandfläche. Mit welchen Schutzmechanismen und Maßnahmen werden Sie ökologische Bodenfunktionen und landwirtschaftliche Fläche sichern? Wird ihre Partei den Flächenverbrauch bis 2025 auf <5 ha/Tag und bis 2035 auf Netto-Null begrenzen?

Wir wollen den anhaltenden Flächenverbrauch stoppen.

In unserem Bundesland gehen im langjährigen Mittel täglich etwa zehn Hektar wertvoller Naturraum für Siedlungs- und Verkehrszwecke verloren. Mittelfristig müssen wir diesen Trend stoppen und umkehren. In den kommenden fünf Jahren wollen wir den Flächenverbrauch in NRW halbieren.

Fläche stellt ein endliche Ressource dar, die es unbedingt zu schützen gilt. Der aktuell sehr hohe Flächenverbrauch führt zu dauerhaften Verlusten an unversiegeltem Naturraum oder an landwirtschaftlichen Flächen, die der Lebensmittelproduktion dienen sollten. Daher gilt es ein ganzes Bündel an Maßnahmen zu ergreifen, um einerseits den Flächenverbrauch zu reduzieren und gleichzeitig Brachflächen zu reaktivieren. Wir werden im Landesentwicklungsplan wieder eine Zielsetzung verankern, um den **Flächenverbrauch von aktuell über 8 Hektar pro Tag in einem ersten Schritt auf 5 Hektar pro Tag zu begrenzen. Bis 2035 wollen wir diesen auf netto null absenken und danach langfristig auf eine Nettoentsiegelung von Flächen hinarbeiten.** Wir führen ein neues Flächenausgleichsmodell ein, in dem die ökologische Qualität der Kompensationsfläche einen höheren Stellenwert erhält. Darüber hinaus werden wir Maßnahmen entwickeln, die landwirtschaftliche Flächen mehr als bisher vor Bebauung schützen. Zum einen um die ökologischen

Deutschland und NRW haben sich in ihren Nachhaltigkeitsstrategien dazu verpflichtet, weniger Fläche zu verbrauchen und Fläche zu sparen. **Die SPD hält deshalb an ihrem Ziel fest, den täglichen Flächenverbrauch auf fünf Hektar zu begrenzen.** Wir unterstützen zugleich den Klimaschutzplan der Bundesregierung, der den Flächenverbrauch bis 2050 auf Netto-Null reduzieren will. Wichtig dabei ist, dass wir dafür vermehrt auf innerörtliche, bereits erschlossene Flächen setzen und auf die Ausweisung von Flächen auf der grünen Wiese weitgehend verzichten – und die Innenentwicklung gemeinschaftlich mit den unterschiedlichen öffentlichen und privaten Akteuren angehen. Zusätzlich werden wir die in weiten Gebieten unseres Landes existierenden Brachflächen ehemaliger Industriestandorte für die Bedarfe in den Blick nehmen und wieder nutzbar machen. Für Landwirtschaftsfläche wollen wir grundsätzlich einen höheren Schutzstatus in der Raumordnung einführen, der in einem zweiten Schritt ausdifferenziert sein kann nach Vorrang- und Vorbehaltsgebieten im Sinne der ökologischen

Grund und Boden sind begrenzt, geeignete Flächen sind jedoch für viele Zukunftsprojekte wichtig, etwa Infrastrukturvorhaben, den Wohnungsbau und die Landwirtschaft sowie für Industrie und Gewerbe. Für die begrenzte Flächenverfügbarkeit setzen wir auf innovative und sachgerechte Lösungen, die unversiegelte Flächen weitestmöglich erhalten und gleichzeitig Fortschritt und Entwicklung ermöglichen. **Der Handel mit Kompensationsflächen kann zu einer enormen Beschleunigung von Vorhaben führen, von dem Natur und Vorhabenträger gleichermaßen profitieren, da die Kompensationsflächen bereits vor Maßnahmenbeginn existieren.** Wir werden dafür sorgen, Ausgleichsmaßnahmen effektiver umzusetzen, indem wir dafür zentrale Koordinierungsstellen schaffen. Neben der Altlastensanierung wollen wir dabei auch Möglichkeiten zur Entsiegelung bzw. zum Rückbau nicht mehr der ursprünglichen Nutzung unterliegender Flächen einbeziehen. Durch Flächenrecycling wollen wir insbesondere auch Flächen für die Industrie nutzbar machen.

Funktionen der Fläche zu bewahren, zum anderen um die wirtschaftliche Lebensgrundlage der Landwirte zu erhalten.

Wertigkeit bzw. der Ertragsfähigkeit der Böden.

6. Werden Sie sich für ein Bundesgesetz zum Verbot des Wegwerfens von Lebensmitteln in Supermärkten einsetzen? Und wie werden Sie die verpflichtenden Maßnahmen der Nationalen Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung umsetzen?

Wir fordern die Bundesregierung auf, umgehend zu handeln und ein Essenretten-Gesetz auf den Weg bringen, welches Supermärkten verbietet, genießbares Essen wegzuworfen. Das sog. Containern wollen wir straffrei stellen.

Genießbare Lebensmittel werden überall in Deutschland weggeworfen, sowohl in privaten Haushalten als auch in der Lebensmittelindustrie, in der Gastronomie und den Geschäften. Die Überproduktion von Lebensmitteln hat System und das Wegwerfen von Lebensmitteln ist eingeplant. Dies ist für uns Grüne nicht nur aus moralischen und ökonomischen Gründen nicht vertretbar, sondern auch im Hinblick auf Umwelt- und Ressourcenschutz und die Umstände, unter denen wir einen Großteil unserer Lebensmittel

Lebensmittelverschwendung muss in allen Bereichen der Wertschöpfungskette entgegen gewirkt werden. Die SPD möchte Anreize für den Lebensmitteleinzelhandel schaffen, genusstaugliche Produkte (z.B. nach Ablauf des MHD) zu spenden. Gleichzeitig werden wir die Logistik und Initiativen zur Aufnahme derartiger Spenden stärken. Im Bund hat sich die SPD bereits in der Koalition darauf geeinigt, Lebensmittelverschwendung verbindlich branchenspezifisch zu reduzieren, haftungsrechtliche Fragen zu klären und steuerrechtliche

Jährlich werden in Deutschland etwa zwölf Millionen Tonnen Lebensmittel in den Müll geworfen. Mehr als die Hälfte der Lebensmittelverschwendung wird durch private Haushalte verursacht. Die Hauptgründe hierfür sind falsche Lagerung und schlechte Einkaufsplanung. Ein weiterer Grund ist der falsche Umgang mit dem Mindesthaltbarkeitsdatum (MHD). **Zu oft wird das MHD als Datum für Genussuntauglichkeit interpretiert. Hier müssen Verbraucherinnen und Verbraucher zum Beispiel mittels Informationskampagnen**

7. Wird Ihre Partei Themen der klimagerechten Ernährung für pädagogisches Personal in zertifizierten Fortbildungen anbieten und in der Ausbildung pädagogischen Personals verankern? Und werden Sie BNE inkl. Umweltauswirkungen des Ernährungssystems in den

In unserem Wahlprogramm ist eine derartige Forderung nicht enthalten. Wir würden aber grundsätzlich zustimmen, dass klimagerechte Ernährung u.a. im Fach Ernährungslehre Stellenwert erhalten soll.

Eine nachhaltige Ernährungspolitik ist ein großer Hebel, um soziale und ökologische Probleme unserer Zeit anzugehen. Dazu werden wir eine Ernährungsstrategie NRW mit allen Akteuren erarbeiten (siehe Antwort auf Frage 1). Bestandteil dieser Strategie ist unter anderem der Ausbau der Ernährungsbildung. Dafür wollen wir kooperative Ansätze mit außerschulischen Bildungsan-

produzieren. Viele Länder haben bereits gesetzliche Regelungen erlassen, die eine Reduzierung der Lebensmittelverschwendung zum Ziel haben. Dafür möchten wir uns auch auf Bundesebene einsetzen. Den erfolgreichen Runden Tisch „Lebensmittelverschwendung“ sowie die damit verbundene Aufklärungsarbeit wollen wir in NRW wieder aufgreifen und fortführen. Gemeinsam mit dem Bund weiten wir Projekte zur Eindämmung dieser Lebensmittelverschwendung aus, verpflichten den Handel und die Produzent*innen, noch genussstaugliche Lebensmittel weiterzugeben und entkriminalisieren das Retten von Lebensmitteln, das sogenannte Containern.

Erleichterung für Spenden zu ermöglichen. Dennoch besteht das größte Einsparpotenzial bei Lebensmittelverschwendungen in den privaten Haushalten. Daher möchten wir die Verbraucheraufklärung stärken und eine Informationskampagne zum richtigen Umgang mit dem Mindesthaltbarkeitsdatum starten. Für bestimmte Produkte wiederum ist das MHD abzuschaffen.

Die SPD wird die Ernährungsbildung in Schulen und Kitas deutlich stärken und auch praxisorientierte Inhalte in den Vordergrund stellen – etwa über Exkursionen, Schulgärten und nach Möglichkeit auch gemeinsames Kochen. Hierbei sind Kooperationen mit außerschulischen Lernorten und Fachleuten denkbar – auch mit Ernährungsräten. Landwirtinnen und Landwirte können so

stärker sensibilisiert werden. Zusätzliche Anreize für Supermärkte und Restaurants können auch hier die Lebensmittelverschwendung reduzieren. Dies führt gleichzeitig zu Müllvermeidung und Ressourcenschonung.

Viele Verbraucherinnen und Verbraucher wünschen sich bei Lebensmitteln einen besseren Überblick, um souverän mit Fragen der gesunden Ernährung umgehen zu können. Wir setzen uns deshalb für ein umfassendes Angebot von öffentlich zugänglichen Informationen ein. Ernährungsbildung soll Wissen über gesunde Ernährung vermitteln, auch um die Wertschätzung für gute

Lerninhalten unserer Schulen institutionalisieren?

bieter*innen, wie beispielsweise Lernbauernhöfen stärken. Neben dem Ausbau der Kücheninfrastruktur an Schulen, gehört auch eine fachliche und didaktische Begleitung dazu. Die Inhalte einer klimagerechten und nachhaltigen Ernährungsbildung sollen daher in der Aus- und Fortbildung von Erzieher*innen, Lehrpersonal und anderem Fachpersonal deutlich gestärkt werden.

ebenfalls wertvolle, realistische Einblicke in ihre Arbeit geben und die Wertschätzung für Lebensmittel fördern. Die Umweltauswirkungen der derzeitigen Ausgestaltung unseres Ernährungssystems gehören ebenso zur Ernährungsbildung wie die Gesundheitsaspekte einer individuell ausgewogenen Ernährung. Um diese Bildungsinhalte zu transportieren, sind angemessene Weiterbildungen des pädagogischen Fachpersonals und eine Anpassung der Ausbildung notwendig.

Lebensmittel zu steigern. Hiermit wollen wir bereits in der frühkindlichen Bildung beginnen. In Regierungsverantwortung konnten wir die Aktivitäten im Bereich der BNE in den letzten Jahren steigern. Das BNE-Landesnetzwerk ist seit 2017 mit anfangs 20 BNE-Regionalzentren auf 25 im Jahr 2021 erhöht worden. Im Jahr 2020 haben wir in Regierungsverantwortung eine aktualisierte Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen, welche ihr Handeln am Leitprinzip der Nachhaltigkeit ausrichtet. Die weiterentwickelte Strategie orientiert sich eng an den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen. Weiterhin wurde ein Nachhaltigkeitsbeirat eingesetzt, der die Umsetzung, Evaluierung und Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie begleitet.

8. Wird Ihre Partei die Wirtschafts- und Strukturprogramme für das Rheinische Revier auf den aktiven Beitrag zu einem zukunftsfähigen Ernährungssystem für NRW ausrichten sowie Auf- und Ausbau qualitativer und nachhaltiger Ernährungssicherheit für NRW in dieser Region mit erstklassigen Böden schaffen?

Wir wollen unsere Lebensgrundlagen schützen und das Pariser Klimaabkommen durchsetzen: Das geht nur, wenn die Kohleverstromung bis spätestens 2030 beendet wird. Der unverzügliche Ausstieg aus der Braunkohleverstromung muss arbeitsmarkt-, wirtschafts- und sozialpolitisch begleitet werden. Für den Braunkohleabbau dürfen keine weiteren Dörfer abgebaggert, der Hambacher Forst darf nicht weiter zerstört werden. Die Dörfer Manheim, Berverath, Keyenberg, Kuckum, Lützerath, Oberwestrich, Unterwestrich, Holzweiler, Kaulhausen und Wanlo sind von Zwangsumsiedlung und Zerstörung bedroht. Wir fordern: Alle Dörfer bleiben! Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass die Betreiber ihren Verpflichtungen aus dem Bergrecht nachkommen: Die Tagebaue Hambach und Garzweiler müssen wieder landwirtschaftlich nutzbar gemacht und Kosten für Bergbaufolgeschäden von den Konzernen übernommen werden.

Der Strukturwandel im Rheinischen Revier kann nur dann erfolgreich sein, wenn er klima- und sozialgerecht erfolgt. **Wir werden das Leitbild für den Strukturwandel dazu weiterentwickeln, zentrale Aspekte sind hier für uns Generationengerechtigkeit, Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Darüber hinaus werden wir sicherstellen, dass der Flächenverbrauch für die Strukturwandelprojekte minimiert wird und wertvolle, landwirtschaftliche Flächen auch für die Nahrungsmittelproduktion erhalten bleiben.**

Der Strukturwandel im Rheinischen Revier ist umfassend. Die Menschen in der Region brauchen eine berufliche Perspektive angesichts des Wegfalls der mit der Braunkohleverstromung verbundenen Arbeitsplätze. Es braucht nicht nur eine Kompensation dieser Arbeitsplätze, sondern auch Arbeitsmöglichkeiten für Fachkräfte im industriellen Bereich sowie von verschiedenen Qualifikationsstufen. **Bei der Flächenentwicklung müssen viele Nutzungsansprüche miteinander in Einklang gebracht werden: im Sinne der landwirtschaftlichen Bodennutzung ebenso wie für Industrieflächen.** Der Strukturwandel bietet große Entwicklungspotenziale im Bereich der nachhaltigen Kreislaufwirtschaft, die wir für gute Arbeit und nachhaltige Ernährungssicherung sowie Produktion nutzen wollen. Mit dem Projekt CAMPUS Transfer ist bereits ein über 59 Millionen Euro umfassendes Vorhaben auf den Weg gebracht worden. Ziel ist die Schaffung eines neuartigen Kompetenzzentrums, das Innovationen im Ernährungssystem an Nachhaltigkeitskriterien ausrichtet und alle Anspruchsgruppen am

Aufgabe der Politik ist es, die richtigen Rahmenbedingungen dafür zu setzen und den Strukturwandel, insbesondere im Ruhrgebiet und im Rheinischen Revier, erfolgreich zu gestalten. Wir wollen ein Land der Strukturwandel-Gewinner werden. Veränderung darf kein Angstwort sein, sie muss als Chance verstanden und ergriffen werden. Die Jahrhundertaufgabe einer Transformation des Rheinischen Reviers wollen wir zu einer Jahrhundertchance machen und dafür sorgen, dass sich in der Region der erfolgreichste Strukturwandelprozess Europas vollzieht. Gerade im Bereich Ernährung und Landwirtschaft gibt es viele Gründerinnen und Gründer, die Ideen für nachhaltige und innovative Konzepte verfolgen. Wir wollen sie dabei unterstützen. In Regierungsverantwortung **haben wir beschlossen, dass in Zukunft Biotope, die als notwendige Ausgleichsmaßnahmen für die Nutzung von Flächen entstehen, intelligent miteinander vernetzt werden sollen.** So erreichen wir eine wesentlich höhere biologische Wertigkeit und steigern damit die Artenvielfalt. Das "Rheinische

Innovationsprozess integrativ
beteiligt. Das Projekt stellt das
erste Reallabor in Folge des
Berichts der "Zukunftskommission
Landwirtschaft" dar.

Revier" kann so als Vorbild für
andere Kommunen im ganzen
Land dienen, zum Vorteil für
Natur und Tierwelt.